Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1928)

Artikel: Bericht der Präsidialverwaltung

Autor: Moser, C. / Joss, F. / Guggisberg, P.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417076

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1928.

Bericht der Präsidialverwaltung.

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **C. Moser.**
Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat **F. Joss.**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **F. Joss.**
Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat Dr. **P. Guggisberg.**

Volkswahlen.

Im Berichtsjahre fanden zwei kantonale und zwei eidgenössische Volksabstimmungen statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

Am 26. Februar 1928 wurde der Entwurf zu einem Gesetz über Jagd- und Vogelschutz (Einführung der Revierjagd) dem Volke unterbreitet. Von 187,249 Stimmberechtigten gingen 123,884 zur Urne, die 44,449 Stimmen für und 76,539 Stimmen gegen den Gesetzesentwurf abgaben. Die verwerfende Mehrheit betrug somit 32,090 Stimmen und die Stimmbeteiligung 66,16 %.

Am 20. Mai hatte das Volk über zwei Vorlagen zu entscheiden. Dem Gesetzesentwurf über das Strafverfahren stimmten 29,665 Bürger zu, während 11,705 ihn ablehnten. Die annehmende Mehrheit betrug somit 17,960. Auch der Beschlussesentwurf für den Neu- und Umbau der chirurgischen Klinik wurde mit einem Mehr von 30,622 Stimmen angenommen, bei 36,512 annehmenden und 5890 verwerfenden Stimmenden. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug bei diesen Abstimmungen 186,098 und die der Stimmenden 43,671, die Stimmbeteiligung somit 23,4 %.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen.

Solche fanden statt am 20. Mai und am 2. Dezember. Zur Abstimmung gelangte am 20. Mai der Bundesbeschluss vom 30. September 1927 betreffend die Revision von Art. 44 der Bundesverfassung (Überfremdung). Diese Vorlage vereinigte im Kanton auf sich 33,418 Ja und 9525 Nein. Die kantonale Stimmbeteiligung betrug 24,1 %.

Bei der Abstimmung vom 2. Dezember über die Kursaalinitiative gingen von 189,963 Stimmberechtigten 80,788, somit 42,5 %, zur Urne. Von diesen stimmten 45,048 für und 33,353 gegen die Initiative, so dass die annehmende Mehrheit im Kanton Bern 11,695 Stimmen erreichte.

Volkswahlen.

Am 26. Februar 1928 erfolgte eine Ersatzwahl für zwei Mitglieder des Regierungsrates; gewählt wurden Dr. A. Rudolf, Staatsschreiber, und Dr. H. Mouttet, Oberrichter.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

Als Ständeräte wurden für die Amtsperiode 1. Dezember 1928 bis 30. November 1929 gewählt: Regierungsrat Dr. C. Moser in Bern und Fürsprecher P. Charmillot in St. Immer.

Am 28. Oktober 1928 fand die Gesamterneuerungswahl des Nationalrates statt. Der Wahlkreis Kanton Bern hatte 34 Mitglieder zu wählen. Fünf Parteien hatten insgesamt 111 Kandidaten aufgestellt. Es fielen zu

1. der Freisinnig-demokratischen Partei .	6	Sitze
2. der Sozialdemokratischen Partei. . .	11	„
3. der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei	15	„
4. der Katholischen Volkspartei. . . .	2	„
5. der Kommunistischen Partei	0	„

Grosser Rat.

Der Grosse Rat hielt im Berichtsjahre 5 Sessionen mit 30 Sitzungen ab.

Für den Rest des Verwaltungsjahres 1927/28 amtete als Grossratspräsident: Kaufmann G. Neuenschwander in Oberdiessbach. Für das Verwaltungsjahr 1928/29 wurde als Grossratspräsident gewählt: Lokomotivführer E. Jakob in Port; als Vizepräsidenten: Johann Mühlemann, Notar in Meiringen, und Louis Bueche, Architekt in St. Immer.

Der Bestand der Behörde erlitt im Berichtsjahre folgende Veränderungen: Verstorben sind die Mitglieder Karl Dürr, Bern, und sein Nachfolger Fritz Thomet, Bern; ausgetreten sind: Ernst Gosteli, Worblaufen, Jean Zumstein, Rohrberg près Soyhières, Johann Müller, Seftigen, A. Hurni, Bern, Ernst Herzog, Bern, Fritz Indermühle, Thierachern, Fritz Bratschi, Reconvilier, Peter Balmer, Grindelwald, W. Hadorn, Oey-Diemtigen, Friedrich Bühler, Bleienbach, und Paul Lüthi, Biel-Mett. Neu in den Rat eingetreten sind: Hans Baumann, Bern, Jakob Hunsperger, Bolligen, Charles Maillat, Pruntrut, Arnold Juillerat, Undervelier, Friedrich Otz, Belp, Fritz Zimmermann, Bern, Ludwig Schmid, Bern, Albert Jenni, Uetendorf, Gustave Périnat, Courrendlin, Friedrich Zürcher, Bönigen, Gottlieb Lanz, Oeschenbach, Ernst Studer, Biel-Mett, und Hans Küng, Diemtigen.

Folgende wichtigeren Geschäfte wurden behandelt:

1. **Gesetze.** Gesetz über das Strafverfahren (zweite Lesung), Gesetz über den Salzpreis und Gesetz über die Pfarrwahlen (erste Lesung).

2. **Dekrete.** Dekret betreffend die Trennung der reformierten Kirchgemeinde Tavannes-Chindon in zwei Kirchgemeinden Tavannes und Reconvilier, Dekret betreffend Trennung der deutsch-reformierten Kirchgemeinde Dachsfelden in zwei selbständige reformierte Kirchgemeinden Münster und Dachsfelden, Dekret über die Errichtung einer dritten Sekretärstelle auf der Armendirektion, Dekret betreffend Abänderung des Dekretes vom 28. November 1919 über die Gebühren der Anwälte, Dekret über das kantonale Lehrlingsamt und das Dekret über den Zivilstandsdienst.

3. **Motionen, Interpellationen und einfache Anfragen.** Behandelt wurden 23 Motionen, und 25 Interpellationen und kleine Anfragen sind beantwortet worden.

4. **Andere wichtige Geschäfte.** Als solche sind noch zu erwähnen: Beschluss betreffend Neu- und Umbau der chirurgischen Klinik, Bericht des Regierungsrates über die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an den Kraftwerken Oberhasli, Behandlung der Berichte der Sparkommission über die einzelnen Direktionen, Verkauf der alten Kavalleriekaserne an die schweizerische Eidgenossenschaft, Beschluss über die Hilfeleistung an die Landwirtschaft und Kenntnisnahme vom Bericht der Finanzdirektion über die in Ausführung der Motion Egger bei den bernischen Kraftwerken erfolgten Organisationsänderungen.

Unerledigte Geschäfte. Am Schlusse des Berichtsjahres waren noch nicht behandelt die Entwürfe zu den Gesetzen über das Strassenwesen und Beschränkung der Wählbarkeit der Regierungsräte in die Bundesversammlung, sowie die Dekrete betreffend die Umlegung von Baugelände, betreffend Schaffung der Stellen eines Vorstehers und Adjunkten des Automobilamtes, betreffend Abtrennung der Einwohnerbäuert Ausserschwandi von der Gemeinde Reichenbach und Zuteilung an die Gemeinde Frutigen und betreffend die Errichtung einer zweiten Pfarrstelle in der Kirchgemeinde Meiringen.

Regierungsrat.

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor der Landwirtschaft und Forsten, Dr. C. Moser, und als Vizepräsident der Direktor des Innern, Joss. Am 31. Mai übernahm Vizepräsident Joss das Präsidium, während als Vizepräsident Finanzdirektor Dr. P. Guggisberg gewählt wurde.

Am 29. Februar 1928 nahm Regierungsrat Emil Lohner seinen Rücktritt infolge seiner Wahl zum Direktor des Zentralamtes für den internationalen Eisenbahntransport. Regierungsrat Lohner gehörte dem Rate seit dem 31. Januar 1909, also etwas mehr als 19 Jahre an. Bis zum 1. Juni 1918 war er Direktor des Unterrichtswesens und hatte sich bei seinem Amtsantritt sofort mit dem Lehrerbesoldungsgesetz zu befassen, für welche Arbeit er als Präsident der grossrätlichen Spezialkommission wertvolle Vorkenntnisse mitbrachte. Dann übernahm er die Justizdirektion, welche ihm als Juristen das ihm zusagende Arbeitsgebiet brachte und ihm Gelegenheit bot, die bedeutende Gesetzesrevision über das Strafverfahren durchzuführen. Neben diesem Hauptwerke sind insbesondere zu erwähnen die gesetzlichen Erlasse über die Vereinfachung der Bezirksverwaltung, nämlich die Verfassungsrevision vom 4. Dezember 1921, das Gesetz über die Vereinfachung der Bezirksverwaltung und das Dekret betreffend die Vereinfachung der Bezirksverwaltung. Neben der Justizdirektion wurde dem scheidenden Magistraten auch noch die Militärdirektion zugeteilt. Als Regierungspräsident amtete Regierungsrat Lohner während der Amtsperioden 1912/13 und 1923/24. Direktor Lohner

hat dem Staate, wie aus diesen wenigen Aufzählungen hervorgeht, wertvolle Dienste geleistet, die der Regierungsrat — soweit an ihm — warm verdankt.

Am 26. Februar fanden die Ersatzwahlen in den Regierungsrat für Direktor Lohner und den im letzten Berichtsjahre verstorbenen H. Simonin statt. Gewählt wurden: Dr. Alfred Rudolf, Staatsschreiber, und Dr. Henri Mouttet, Oberrichter. Durch Beschluss des Grossen Rates wurden dem ersteren die Unterrichtsdirektion und dem letzteren die Direktion des Gemeindewesens und der Sanität übertragen. Dafür siedelte Regierungsrat Merz von der Unterrichts- auf die Justizdirektion über, und Regierungsrat Joss übernahm neben der Direktion des Innern noch die des Militärs. Die Zuteilung der übrigen Direktionen blieb unverändert.

Der Regierungsrat hielt 107 Sitzungen ab und behandelte 5746 Geschäfte.

Das abgelaufene Jahr brachte der Verwaltung keine besonderen Aufgaben. Die vom Regierungsrat angeregte Prüfung der gesamten Staatsverwaltung wurde im Berichtsjahre durch die vom Grossen Rat bestellte Sparkommission zu Ende geführt. Die Untersuchungen haben allerdings einige Mängel in der Verwaltung festgestellt, die sofort behoben wurden, doch darf füglich festgestellt werden, dass im allgemeinen die Auffassung recht behielt, die bernische Staatsverwaltung sei zweckdienlich und auch möglichst einfach organisiert.

Bezirksbeamte.

Infolge seiner Wahl zum Oberrichter trat im Laufe des Jahres der Regierungsstatthalter und Gerichtspräsident des Amtbezirkes Freibergen, J. Jobin, zurück. An dessen Stelle wurde gewählt A. Wilhelm, bisher Gerichtsschreiber und Betreibungsbeamter.

Durch Ersatzwahlen wurden neu besetzt die Stellen des Gerichtsschreibers und Betreibungsbeamten in den Amtsbezirken Aarberg, Freibergen und Saanen.

Ersatzwahlen für Amtsrichter fanden statt in den Amtsbezirken Interlaken, Biel und Nidau; für Amtsgerichtsersatzmänner in Interlaken, Schwarzenburg und Moutier.

Staatskanzlei.

Infolge seiner Wahl zum Regierungsrat trat Staatsschreiber Dr. Rudolf von seinem bisherigen Amte zurück. Dr. Rudolf war am 19. September 1916 zum Staatsschreiber gewählt worden und hat somit dieses Amt über 12 Jahre innegehabt. An diese Stelle wurde am 16. Mai gewählt, Fürsprecher H. Schneider, bisher Sekretär der kantonalen Finanzdirektion. Er trat sein Amt am 1. Juni an.

Über den Verkehr der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Auskunft:

An die Direktionen überwiesene Eingänge	2,944
Überweisungen an den Grossen Rat .	258
Ausführung von Drucksachenbestellungen für eine Verkaufssumme von . . .	Fr. 30,789. 45
Beglaubigungen von Unterschriften . .	23,932

Im Anweisungsverkehr wurden 1387 Gebührenfälle mit einem Ertrag von Fr. 96,357,50 erledigt.

Die französische Abteilung der Staatskanzlei besorgte ihrerseits ungefähr 1820 Geschäfte, davon 850 des Regierungsrates und 970 des Grossen Rates und der Direktionen, sowie eine beträchtliche Zahl von Publikationen im Amtsblatt.

Staatsarchiv.

Der seit Jahren im Staatsarchiv herrschende Raummangel wurde dadurch um etwas gemildert, dass in dem Staatsgebäude Postgasse 68 sechs Räume für Archivzwecke zur Verfügung gestellt wurden. Die Zahl der mit Archivalien besetzten Räume, die sich auf das Rathaus, das Kanzleigebäude, die Häuser Postgasse 70 und 68 sowie den Käfigturm verteilen, vermehrte sich so auf 46. Diese Weitläufigkeit, die mit vielem Treppensteigen verbunden ist, erschwert den Dienst ungemein, so dass gern vernommen wurde, dass die Studien zur Erstellung eines einheitlichen Archivhauses von der Baudirektion wieder aufgenommen worden sind. Über die einschlägigen Bedürfnisse des Staatsarchivs wurde ein Bericht eingereicht.

In den neuen Räumen wurden hauptsächlich Materialien des Justizwesens, der Polizei und des Gemeindewesens untergebracht. Zwei starke Ablieferungen der Direktion des Innern und der Unterrichtsdirektion bewirkten, dass der noch verfügbare Raum bald wieder bedenklich zusammenschrumpfte. Immerhin konnte ein seit Jahren angewandter, aber der Übersichtlichkeit hinderlicher und für die Benützung lästiger Notbehelf, die Aufstellung von Bänden und Mappen in doppelter Reihe, verlassen werden. Dies alles führte zu einer Umstellung in den Archivräumen 7, 8, 10, 11, 13/18, welche rund 10,000 Bände und Mappen erfasste und namentlich folgende Abteilungen betraf: Wehrwesen bis 1798 und Wehrwesen 19. Jahrhundert, Invalide und Hinterlassene; Helvetik, Kantone Bern und Oberland; Lehenwesen, Ablösung der Feudallasten, Kornversorgung; Inneres, allgemeine Akten nebst Wirtschaftswesen, Brandversicherung, Statistik; Forsten, Jagd und Fischerei; Bergbau; Landwirtschaft, Pferdezucht, Viehversicherung; älteres Armenwesen; Justiz; Polizei; Gemeindewesen; amtliche Drucke in Plakat- und Folioformat; Kreisschreiben. Diese Arbeiten waren mit vielen Massnahmen des Unterhalts, der Signierung und Inventarisierung verbunden und müssen noch fortgesetzt werden.

Daneben wurden mehrere Register über Spezialgebiete oder einzelne Aktensammlungen angelegt, so über Naturalisationen, Wiedertäufer, Auswanderer, ältere Gemeindereglemente, Siegelnachweise; ferner wurde die Katalogisierung der Rats- und Archivbibliothek gefördert. Die umfangreiche Bibliothekabteilung: Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt wurde revidiert. Im ehemaligen fürstbischöflich baselischen Archiv wurden sehr beträchtliche Verwaltungsakten der einstigen Herrschaft Münstertal in die zutreffenden Unterabteilungen der eben genannten Hauptabteilung eingeordnet. Diese meistens dem 18. Jahrhundert angehörenden Stücke hatten seit dem Aufhören der fürstbischöflichen Herrschaft im Amtsarchiv von Moutier in altersgrauen Kartonschachteln geruht und wurden nun für die historische Forschung benützbar gemacht. Weiterhin wurden die Abteilungen Investiturae, enthaltend die Praesentationen auf etwa 500 Pfarreien der ehemaligen Diözese Basel, Melitensis Ordo, Teutonicus Ordo, einige kleinere Bestände der Temporalia, sowie

die Protocoles des audiences seigneuriales des Franches-Montagnes des 17./18. Jahrhunderts in Ordnung gebracht. Der Diözesanarchivar von Strassburg, Abbé J. Brauner, und sein Mitarbeiter Dr. Scherer nahmen während mehrerer Wochen ausgedehnte Studien in verschiedenen Abteilungen der Spiritualia vor, und ein jurassischer Geschichtsforscher gewann aus zahlreichen Notariatsprotokollen sehr aufschlussreiche Feststellungen über die Anfänge der Uhrenindustrie im St. Immertal. Bei der Auswahl der zu revidierenden Abteilungen sind wir nicht immer frei, sondern richten uns nach vorhandenen Begehren um Auskunfterteilung oder um Bereitstellung von Materialien. Über den Inhalt des ehemaligen fürstbischöflich baselischen Archivs sind in jahrelanger Arbeit bis dahin über 1400 Inventar- und Regestenblätter in Grossquart angelegt worden, mit deren Hilfe es möglich ist, in den reorganisierten Abteilungen die benötigten Nachweise rasch aufzufinden.

Über die Eingänge von Verträgen, die Vermehrung der Bibliothek, antiquarische Erwerbungen, Zuwendung von Geschenken sowie die Benützung des Staatsarchivs für öffentliche und private Zwecke gelten die Ausführungen des letztjährigen Berichtes. Eine Statistik darüber zu führen, ist unmöglich, solange durch die Weitläufigkeit der Archivräume viel Zeit geopfert werden muss. Mit Vergnügen erwähnen wir noch, dass ein freiwilliger Mitarbeiter, Herr Adolf Biedermaun-Störi in Bern, im Einvernehmen mit uns mit grosser Hingabe den Anfang eines historischen Grundbuches der Stadt Bern, die Metzgergasse und 184 Blätter umfassend, erstellt hat. Ihm sowie den vielen Gemeindechronisten, über deren Gewinnung im vorausgegangenen Verwaltungsbericht Auskunft gegeben worden ist, sei der geziemende Dank ausgesprochen! Die bisher im Staatsarchiv als Sammelstelle eingelaufenen Gemeindechroniken für 1928 lassen erkennen, dass dieses Werk einem guten Gedanken entsprungen ist und sorgfältige Pflege verdient.

Hallwyl-Archiv. Gräfin Wilhelmina von Hallwyl in Stockholm, welche auch dieses Jahr mit ihren Familienangehörigen das Archiv besuchte, übersandte demselben einen Vorrat der gedruckten Stiftungsurkunde der Hallwyl-Stiftung sowie eine grosse Sammlung von photographischen Platten mit Aufnahmen der wichtigsten Stücke des Archivbestandes. Auf Wunsch der hochbetagten, doch immer noch umsichtigen und regsamen Dame wurden durch eine Hilfskraft unter Nachprüfung durch den Staatsarchivar 30 umfangreiche Pergament- und Papierurkunden aus dem Familienarchiv von Mülinen in Bern abgeschrieben, da sie Nachweise über das Geschlecht von Hallwyl enthalten. Herr alt Forstmeister Hs. von Mülinen und Frau Professor von Mülinen-von Hallwyl erwiesen uns dabei alles wünschbare Entgegenkommen. Die Forschungen für das Werk der Familiengeschichte von Hallwyl wurden das ganze Jahr über durch den damit betrauten Historiker Dr. C. Brun aus Zürich fortgesetzt.

Der bei der Hypothekarkasse angelegte Hallwylfonds des Staatsarchivs stand zu Anfang des Berichtsjahres auf Fr. 11,751.90 und wuchs mit dem Jahreszins von Fr. 558.20 auf Fr. 12,310.10. Die Auslagen für die erwähnten Abschriften und sonstige, kleinere Ausgaben wurden von der Gräfin rückvergütet oder aus dem noch verfügbaren Aktivsaldo der Bau- und Einrichtungsrechnung gedeckt.

Bern, den 1. März 1929.

Der Regierungspräsident:
Joss.

Vom eRgierungsrat genehmigt am 2. April 1929.

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider.**